Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 39 (1960)
Heft: 6

Artikel: Europa im Umbruch
Autor: Hofer, Erwin
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-337198

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

4. *Kulturpropaganda.* Der Schweiz werden durch entsprechende Veröffentlichungen, Rundfunk, Hörspiele usw. die teilweise in Vergessenheit geratenen Tatsachen neu vor Augen geführt, daß ihre wertbeständigen Kulturschöpfungen im Grunde deutsch sind.

Die Lösung der Schweizer Frage wird von hier als sehr dringend angesehen. Die natürlichen Voraussetzungen für ein Durchschlagen der jetzt in Gang kommenden Aktionen der Erneuerungsbewegung sind in der Schweiz gegeben. Die Schweiz muß, wenn sie nicht in einen Zustand des Vegetierens geraten will und damit ein im Grunde deutsches Volk dem Großdeutschtum verlorengehen soll, in ihre natürliche Entwicklungsbahn, das heißt die des Großdeutschen Reiches, zurückgebracht werden. Der Zeitpunkt der Entscheidung für die schweizerische Frage ist gekommen.»

Das war nicht etwa eine Fleißaufgabe übereifriger Privatleute, die ihre gute nationalsozialistische Gesinnung beweisen wollten. Es waren Vorschläge der vom Hitlerregime zur Verfolgung der Probleme der Schweiz eingesetzten Körperschaft. Sie waren natürlich für Hitler, Goebbels und Ribbentrop nicht bindend, die deswegen immer noch einen anderen Weg einschlagen konnten, um die Schweiz auf die Knie zu zwingen. Aber sie spiegeln – zum Beispiel in dem Verlangen, es dürfe keinen schweizerischen Führer und keine eigenständige Nazipartei in der Schweiz geben – deutlich wider, wie man sich in den entscheidenden Kreisen damals die Entwicklung und die Schritte vorgestellt hat, die sie vorwärtstreiben sollten. Die Vorstellung, man hätte sich ihr durch Anpassung – echt oder vorgetäuscht – entziehen können, war damals schon absurd. Dem rückschauenden Betrachter ist es noch viel klarer, daß auch in der ausweglos scheinenden Situation von 1940 nicht knieweiches Verhalten, sondern Festigkeit am Platze war.

ERWIN HOFER

Europa im Umbruch

I. Die feindlichen Brüder

Im westeuropäischen Lager herrscht Uneinigkeit. Die Staatengruppe der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) hat den in der Europäischen Freihandels-Assoziation (EFTA oder EFA) zusammengeschlossenen Ländern mit dem von Prof. Hallstein konzipierten Beschleunigungsplan den Fehdehandschuh hingeworfen. Auf den Kern der Sache reduziert, geht es bei diesen gegenseitigen Mißverständnissen, politisch-diplomatisch gesehen, vor allem um einen Gegensatz zwischen den führenden Mächten innerhalb der zwei

Blöcke: Währenddem in der EWG Frankreich die erste Geige spielt – von Westdeutschland darin wirkungsvoll unterstützt –, gibt in der EFTA Großbritannien den Ton an. Von beiden Seiten werden offen ausgesprochene oder diplomatisch getarnte Vorwürfe an die Gegenseite adressiert. Frankreich wirft England vor, es wolle gar keine echte Einigung in Europa, es hätte deshalb alle Bestrebungen, aus Europa einen Bundesstaat zu machen, von jeher sabotiert. So sei es zum Beispiel die Schuld der Briten, wenn der Europarat in Straßburg statt zu einem wirklich funktionsfähigen Parlament zu einem bloßen Schauplatz unverbindlicher Diskussionen und Vorschläge geworden sei. Und hinter all diesen Vorwürfen steht, ausgesprochen oder unausgesprochen, das Mißtrauen, England wolle seine seit Jahrhunderten praktizierte sogenannte europäische Gleichgewichtspolitik fortsetzen, das heißt, es wolle eine Staatengruppe auf dem europäischen Festlande gegen eine andere ausspielen, um so die Vorherrschaft irgendeiner Macht – jetzt der EWG unter Anführung von Frankreich und Westdeutschland – zu verhindern. Anders ausgedrückt, wolle Großbritannien nach dem alten römischen Rezept divide et impera – teile und herrsche – regieren.

Und was werfen nun die Engländer den Franzosen vor? Die Briten erklären, die Franzosen suchten sich durch das Mittel der EWG eine Vormachtstellung (Hegemonie) auf dem europäischen Festlande zu sichern. So solle, auf dem Umwege über Europa, der im Atomzeitalter verblaßte Ruhm der Grande Nation wieder aufgefrischt werden. Dabei wolle Frankreich verhindern, daß Großbritannien sich einem vereinigten Europa anschließe und darin eine maßgebende Rolle spiele.

Wer hat nun recht? Das ist schwer zu sagen. Vielleicht haben beide feindlichen Brüder bis zu einem gewissen Grade recht. Auf alle Fälle sind die Positionen – im Moment wenigstens – ziemlich festgefahren. Was wird die Zukunft bringen? Wird es zu einem Handelskrieg zwischen den beiden Blökken der EWG und der EFTA kommen? Wird England, das sich von der EWG bedroht fühlt, sogar zu dem Mittel einer gewissen Annäherung an den Ostblock greifen? Diese Gefahr tauchte vor einigen Wochen, als Macmillan in Washington weilte, blitzartig am Horizonte auf; aber heute, nach dem Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz, ist sie wohl kaum mehr zu befürchten. Von unserem Schweizer Standpunkt aus können wir nur hoffen, daß doch noch auf beiden Seiten soviel guter Wille und soviel Zusammengehörigkeitsgefühl vorhanden sei, daß man das Gespräch nicht abreißen läßt, sondern nach einem tragbaren Kompromiß sucht. Die bevorstehenden Verhandlungen im Rahmen der OECE lassen einige Hoffnungen in dieser Richtung bestehen. Aber selbst wenn dieses Ziel erreicht werden könnte – bis vor kurzem standen die Chancen nicht gut –, so müssen wir Schweizer uns über zweierlei viel klarer werden, als dies bisher der Fall war: Erstens muß die Einsicht, daß es bei den Fragen der europäischen Integration um für unser Staats-

wesen lebenswichtige Entscheidungen geht, auch dem Manne auf der Straße viel schärfer zum Bewußtsein kommen, und zweitens müssen wir uns von der Illusion befreien, als ob unser Beitritt zur EFTA keine politische, sondern «nur» eine wirtschaftliche Angelegenheit sei. So einfach liegen die Dinge leider nicht. Das wird uns die Zukunft lehren.

II. Die große Illusion

Als am 25. März 1957 Westdeutschland, Frankreich, Italien, Belgien, die Niederlande und Luxemburg den Römer Vertrag unterzeichneten und damit den Grund legten für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), da erklärten sie eindeutig, daß das letzte Ziel ihrer Bestrebungen die politische Vereinigung der Mitgliedstaaten sei. Als Mittel zur Erreichung dieses Zieles sollte die fortschreitende wirtschaftliche Verschmelzung dienen. Demzufolge sind die Staaten der EWG bereit, auf einen Teil ihrer Souveränitätsrechte zugunsten des größeren Ganzen zu verzichten. So soll die politische Zerrissenheit Europas, die sich immer noch in den vorwiegend im 19. Jahrhundert entstandenen Nationalstaaten manifestiert, überwunden werden. Dürfen wir die Sechs deswegen tadeln? Haben wir Schweizer nicht vor hundert Jahren den gleichen Schritt getan, als die 22 souveränen Staaten, lies Kantone, sich zu einem Bundesstaat zusammenschlossen? Auch die EWG hat ihre parlamentarische Versammlung. Zwar wird diese heute noch nicht direkt von den Bürgern und Bürgerinnen der betreffenden Länder gewählt, sondern besteht aus 142 Abgeordneten der nationalen Parlamente. Doch ist schon jetzt vorgesehen, die Direktwahl einzuführen. Eine Hauptstadt ist ebenfalls noch nicht bezeichnet; aber was nicht ist, kann noch werden. So strebt die EWG in allen Belangen dem Ziel einer Föderation zu. Zwar wird in der Schweiz häufig gesagt, das hier entstehende Gebilde der EWG sei doch kein Bundesstaat im schweizerischen Sinn und Geist. Sicherlich – die föderalistische Struktur der Sechsergemeinschaft läßt, an unseren schweizerischen Maßstäben gemessen, einiges zu wünschen übrig. Aber können wir überhaupt erwarten, daß genau das schweizerische Vorbild, das seinerseits in seinen wesentlichen Teilen wiederum auf das Modell der USA zurückgeht, kopiert wird? Und dies von Staaten, die fast keine föderalistische Tradition besitzen? Leider haben wir Schweizer die Möglichkeiten, die sich uns bieten, unsern Nachbarn zu zeigen, wie *wir* uns eine echte Föderation vorstellen, bis heute keineswegs ausgenützt. Vor allem haben wir uns bisher strikte geweigert, unsere Stimme im Europarat in Straßburg, wo selbst neutrale Kleinstaaten wie Österreich und Schweden anwesend sind, zu erheben.

Da die Schweiz aber bei den in den letzten Jahren und Monaten immer schneller vorwärts drängenden Integrationsbestrebungen nicht einfach auf der Seite stehen konnte, hat sie sich entschlossen, der Europäischen Frei-

handels-Assoziation (EFTA) beizutreten. Unser Land hat an der Entstehung dieser neuen Gemeinschaft sogar einen ganz wesentlichen Anteil genommen. Und warum glauben wir hier mitmachen zu können, währenddem wir eine Teilnahme an der EWG ablehnten? Die Antwort unserer offiziellen Kreise lautet: Weil die EFTA, im Gegensatz zur EWG, nur wirtschaftliche, aber keine politischen Bindungen mit sich bringt. Betrachten wir diese Antwort einmal sowohl vom formalen als auch vom praktisch-politischen Standpunkt aus etwas näher:

Es stimmt zwar, daß die EFTA, staatsrechtlich gesehen, nicht im Sinne hat, die politische Unabhängigkeit ihrer Mitgliedstaaten anzutasten. In der EFTA werden keine Mehrheitsbeschlüsse gefaßt wie in der EWG; vielmehr wird Einstimmigkeit verlangt. Jedes Mitglied, ob groß oder klein, hat die gleichen Rechte. Also besteht auch für die Schweiz die Möglichkeit, nein zu sagen. Ferner ist der EFTA-Vertrag jederzeit auf eine Frist von zwölf Monaten kündbar. Eine gemeinsame Außenpolitik ist nicht vorgesehen. Die Ausrufung einer gemeinsamen Hauptstadt ist nicht beabsichtigt. Auch eine militärische Zusammenarbeit wird nicht ins Auge gefaßt. Man sieht also, daß in formaler Beziehung alles «in Ordnung» ist, das heißt, wir verpflichten uns «nur» in wirtschaftlicher Hinsicht zu einer gewissen Zusammenarbeit. Aber von diesem kleinen Wörtchen «nur» hängt in Tat und Wahrheit und in der politischen Praxis sehr viel ab: Wenn wir Schweizer uns nämlich der bequemen Vorstellung hingeben möchten, wir seien mit dem Beitritt zur EFTA der «Politik» glücklich entronnen und könnten jetzt von unserm sichern Port aus den politischen Händeln der andern geruhsam zuschauen, dann geben wir uns einer großen Illusion hin. Denn das weiß heute jeder Einsichtige, daß – wenn überhaupt je, so gewiß in unserem Jahrhundert – Politik und Wirtschaft untrennbar zusammengehören. Vielleicht gab es vor hundert Jahren so etwas wie eine Art selbständiger Außenpolitik, die von der Wirtschaft fein säuberlich getrennt war (sogar das ist fraglich). Aber in unserer Zeit wird Außenpolitik ja geradezu mit dem Mittel der Wirtschafts- beziehungsweise Handelspolitik gemacht. Ob es uns nun paßt oder nicht: auch die Schweiz ist bei dieser Entwicklung mitten in das politische Kräftespiel der Mächte hineingeraten. Genauer gesagt: auch die Schweiz ist bis zu einem gewissen Grade davon abhängig, was der politisch weitaus stärkste Partner der Freihandels-Assoziation, nämlich Großbritannien, mit dieser EFTA tut oder nicht tut! Auch wenn man im Moment keinen andern Ausweg sieht als unser Mitwirken in der Siebnergruppe (Großbritannien, Schweden, Norwegen, Dänemark, Österreich, Portugal und die Schweiz) und auch wenn man die Engländer durchaus als unsere Freunde betrachtet, so muß man sich doch darüber ganz klar und nüchtern Rechenschaft geben, daß die Schweiz jetzt im Kielwasser der britischen Politik schwimmt. Es wird gut sein, wenn wir Schweizer, die wir uns dank unserer Neutralitäts-

politik das außenpolitische Denken weitgehend abgewöhnt haben, uns von der großen Illusion, daß wir uns nicht im Strudel der hohen Politik befinden, sondern «nur» Wirtschaft beziehungsweise Handel treiben, so rasch als möglich befreien. Sonst könnte es eines Tages ein ungemütliches Erwachen geben.

III. Die Mitarbeit der Sozialisten beim Aufbau eines neuen Europas

In sozialistischen Kreisen wird ab und zu die Meinung vertreten, die EWG stelle ein konservatives Kleineuropa dar, das vom Standpunkt eines Sozialisten aus nicht gebilligt werden könne. In diesem Sinne ist vor einiger Zeit in verschiedenen sozialdemokratischen Blättern der Schweiz ein Artikel erschienen mit dem Titel «Sabotage an Europa», worin diesen Bedenken in recht scharfer Form Ausdruck verliehen wurde («Volksrecht», Nr. 90, «Schaffhauser Arbeiterzeitung», Nr. 92). Da war von einem «Spuk eines konservativen Klein-Europa» die Rede, das «unter christlich-restaurativem Vorzeichen» stehe. Wie steht es damit? Ist das Europa der Sechs, das – zugegebenermaßen – seit seiner Entstehung im Jahre 1957 in seiner Entwicklung ein tatsächlich fast unglaubliches Tempo angeschlagen hat, wirklich nur die von Adenauer und Prof. Hallstein, dem – wir zitieren – «rheinländischen Adenauer-Freund» und seinem Anhang dominierte «neue Heilige Allianz»? Wir finden das reichlich übertrieben. Nach unserer Meinung ist dieses neue Europa der Sechs nicht nur das Europa Adenauers und anderer konservativer Politiker, sondern ebensosehr die Schöpfung des belgischen Sozialisten Paul Henri Spaak, der sich von vielen seiner Gesinnungsfreunde unterstützt weiß. War Spaak schon an der Gründung des Straßburger Europarates maßgeblich beteiligt und präsidierte dessen erste Session im Jahre 1949, so darf er geradezu als der Promotor der EWG in ihrem Frühstadium bezeichnet werden. Auf Spaaks unbeirrbare Zielstrebigkeit in der Anhandnahme der von der Messina-Konferenz aufgestellten und von der sogenannten Brüsseler Konferenz ausgearbeiteten Pläne und Richtlinien für die zukünftige Ausgestaltung der EWG geht die außerordentlich rasche Verwirklichung des Europarates der Sechs zurück. Ein unverdächtiger Zeuge, der nicht dem Lager der EWG, sondern dem der EFTA angehörige frühere britische Staatsminister für auswärtige Angelegenheiten, Anthony Nutting, schreibt in seinem jüngst erschienenen Buche «Europa wird nicht warten» über diese Entwicklung wörtlich: «Diese Entwicklung voranzutreiben, gelang Spaak und seinen Mitarbeitern mit einer phänomenalen Geschwindigkeit. Spaaks Komitee brauchte weniger als acht Monate, um detaillierte Empfehlungen auszuarbeiten über so äußerst komplexe Probleme wie die Verteilung der atomaren Brennstoffe, über die Abschaffung der Zölle und Einfuhrbeschränkungen und über die Anlage von Investitionsfonds.» Spaak ist aber

nicht der einzige Sozialist, der am Werk der Errichtung der zukünftigen Vereinigten Staaten von Europa leidenschaftlichen Anteil nimmt. Nennen wir als weitere aktive Mitarbeiter unter vielen anderen nur Namen wie Carlo Schmid, André Philip, Fernand Dehousse. Darüber hinaus gibt es in den Ländern des Gemeinsamen Marktes auch eine besondere sozialistische Organisation zur Unterstützung der europäischen Einigungsbestrebungen mit dem Titel «Sozialistische Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa». Schließlich zeigt uns auch noch ein Blick in verschiedene bereits bestehende europäische Institutionen, daß die praktische Mitarbeit der Sozialisten eine Realität ist, die zu erkennen auch wir in der Schweiz allen Grund haben. So zählte zum Beispiel im Februar 1958 die sozialistische Fraktion des Parlaments der Montan-Union – das inzwischen im größeren EWG-Parlament aufgegangen ist – 22 Mitglieder, neben 37 Christlichdemokraten und 17 Liberalen. Diese 22 demokratischen Sozialisten kamen herkunftsmäßig aus folgenden Parteien: 7 Mitglieder der SPD, 4 Mitglieder der französischen Sozialistischen Partei (SFIO), 2 Mitglieder der italienischen Sozialdemokratischen Partei, 1 Mitglied der italienischen Republikanischen Partei, 4 Mitglieder der belgischen Sozialistischen Partei, 1 Mitglied der luxemburgischen Sozialistischen Partei, 3 Mitglieder der niederländischen Partei der Arbeit. Man sieht daraus, daß eine umfassende linksorientierte parlamentarische Gruppe im supranationalen Rahmen bereits eine aktive Mitarbeit im Dienste eines größeren Europas leistet, wobei die nationalen Unterschiede zugunsten der gemeinsamen politischen Grundsätze immer mehr in den Hintergrund treten. Das jetzige EWG-Parlament, das bekanntlich wie der Europarat im Europahaus in Straßburg zusammentritt, beherbergt eine sozialistische Fraktion von 35 Köpfen unter dem Präsidium des deutschen Genossen Willi Birkelbach. Im Europarat, der mit dem EWG-Parlament oder dem «Europäischen Parlament» nicht zu verwechseln ist, entfallen gegen 40 sozialistische Vertreter auf insgesamt 135 Delegierte aus 15 Ländern. Können wir da wirklich noch abseits stehen und sagen: «Dieses Europa geht uns nichts an – es ist das Europa der ‚andern'»?